

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Bettzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 263

Dienstag, den 10. November 1903.

10. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Offiziere werden nicht die Ehre haben.** Herr Dertel in den Reichstag zu senden, denn die konservative Partei hat als Kandidaten für die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Darkehmen-Goldap-Stallupöhnen den Kaiserlichen Verbandsdirektor Kretschmer Berlin aufgestellt. Herr Kretschmer war früher Landrath zu Gumbinnen und dann Oberregierungsrat zu Potsdam. Herr Dertel wird sich also einen anderen Wahlkreis aussuchen müssen, wo er Unterkunft finden kann.

**Zimmer noch nicht genug.** „Dass eine neue Flottenvorlage in größerem Umfange in Vorbereitung ist, darf, so lesen wir in der „Magdeb. Stg.“, als sicher angenommen werden. Immer mehr und mehr sind in der Marine Stimmen laut geworden, dass wir mit den beiden Doppelschiffen, also mit den 32 Linien Schiffen, über die wir erst 1920 verfügen werden, unmöglich unsere ungemein verantwortungsvollen Aufgaben zur See erfüllen können. Deutschland müsse für den Fortbestand seines Seehandels die allergrößten Anstrengungen machen, denn dieser sei die hauptsächlichste Quelle seines nationalen Wohlstandes, und sein Werth betrage im Jahre reichlich sieben Milliarden Mark. Der Bau eines dritten Doppelschiffes werde sich nicht umgehen lassen. Staaten, in denen wir sehr wichtige Handelsinteressen zu schützen haben, wie Brasilien, Chile, Argentinien, haben imposante Linien Schiffe und mächtige Kreuzer; wir können solchen Staaten im Notfall nicht durch die Entsendung eines kleinen Kreuzers oder ganz veralteter, geschäfts-unwürdiger Schulschiffe imponieren.“ ... Die Walze wird in bekannter Weise abgedrückt. Dass wir abermals 1000 Millionen für die Marine opfern sollen, während im Lande das Geld für die notwendigsten Kulturaufgaben knapp ist, das erweckt die traurigsten Aussichten für die Gesundung der Reichsfinanzverhältnisse.

**Wilhelm II. mußte sich Sonnabend einer Operation unterziehen.** Die „Nordd. Allgem. Stg.“ ist ermächtigt, folgendes zu veröffentlichen:

„Se. Majestät der Kaiser und König haben sich heute der Operation eines Stimmlippen-Polypen unterzogen. Die Operation wurde von dem Geheimrath Professor Dr. Moritz Schmidt ausgeführt und verlief glatt. Er. Majestät ist, bis zur Heilung der Operationswunde nur Enthaltung des Stimmgebrauchs anbefohlen.“

Potsdam, 7. Nov. 1903.

(gez.) Professor J. Orth.

**Das Ergebnis der von Geheimrath Professor J. Orth ausgeführten mikroskopischen Untersuchung ist folgendes:**

„Der Polyp besteht aus einem sehr weichen, nur wenige Zellen enthaltenden Bindegewebe, welches von einem regelmäßig geschichteten und überall scharf gegen das Bindegewebe abgegrenzten Plattenepithel überzogen ist. Ein Theil der Bindegewebszellen enthält kleine braune Pigmentkörnchen, offenbar von früher stattgehabten kleinen Blutungen herrührend. Der Polyp enthält eine größere Anzahl dünnwandiger Blutgefäße. Es handelt sich also um einen durchaus gutartigen bindegewebigen Polypen.“

Berlin, 7. Nov. 1903.

(gez.) Professor J. Orth.

**Berlin, 8. November.** Ueber das Befinden Seiner Majestät des Kaisers und Königs ist heute Morgen das nachstehende Bulletin ausgegeben worden:

Seine Majestät der Kaiser und König haben den gestrigen Tag ruhig im Zimmer verbracht und die Nacht ohne Unterbrechung geschlafen. Das Aussehen der kleinen Wunde ist durchaus zufriedenstellend. Schmerzen und sonstige Beschwerden im Hals sind nicht vorhanden. Temperatur Morgens 36,3 Grad Celsius. Puls 60.

(gez.) von Leuthold. Moritz Schmidt. Alberg.

Allem Anschein nach handelt es sich danach um ein ähnliches Leiden wie dasjenige, von dem s. St. Friedrich III., des Kaisers Vater, befallen wurde. In der Erkrankung ist vielleicht auch der Grund zu suchen, weshalb Wilhelm II. in den letzten Monaten so wenig öffentlich redete, ja bei der Enthüllung der Denkmäler für seine Eltern in Berlin die Ansprache seinem Erzieher, dem Geheimrath Hinzpeter, überließ.

**Die Aufstellung der Kandidaten für die Landtagswahlen** nahmen Freitag Abend unsere Berliner Genossen in vier großen Versammlungen vor. Das Verhalten der Freisinnigen gegenüber den Ansprüchen unserer Partei auf den einen oder andern Sitz im Landtage hat es fast zur Gewissheit gemacht, daß es in Berlin nicht zu einem gemeinsamen Kampfe von Freisinn und Sozialdemokratie gegen die Reaktion kommen wird, sondern daß unsere Genossen — sollten die Herren Freisinnigen nicht noch in letzter Stunde zur Einsicht kommen — gegen Freisinnige und Konservative als eine reaktionäre Masse zu kämpfen haben.

Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse hat sich die Berliner Sozialdemokratie darauf gefaßt gemacht, in den in Frage kommenden Wahlkreisen entweder aus eigener Kraft die Mandate zu erobern, die man sonst mit den Freisinnigen hätte theilen müssen, oder aber ehrenvoll nicht der Kraft der Gegner, wohl aber den Tücken des Klassenwahlsystems zu unterliegen. Es wurden aufgestellt: Für den ersten Landtags-Wahlkreis: die Genossen Bohn, Pfannkuch und Schubert; für den zweiten Landtags-Wahlkreis: die Genossen Arons und Silber-schmidt; für den dritten Landtags-Wahlkreis: die Genossen Webel und Lebebour; für den vierten Landtags-Wahlkreis: die Genossen Heimann und Singer. Namentlich für den dritten Landtags-Wahlkreis, der in der Hauptsache mit dem sechsten Reichstags-Wahlkreis identisch ist, machen die Berliner Genossen sich große Hoffnungen. Dergleichen steht die Sache nicht ungünstig im vierten Wahlkreise. Ueber ihr Verhalten in den übrigen Kreisen werden unsere Genossen sich endgültig erst nach dem Ausfall der Urwahlen entscheiden können; große Neigung zu einem Pakt mit den Freisinnigen — und das danken diese ihrer eugenialen Leitung — haben unsere Parteigenossen nicht! — Ein Erlass der Militärbehörde verfügt, daß am 12. November nach Möglichkeit keine Kontrollversammlungen stattfinden, bezw. daß die Entlohnung der Kontrollpflichtigen so früh zu erfolgen hat, daß sie noch imstande sind, ihr Wahlrecht auszuüben. Der Kultusminister hat angeordnet, daß in sämtlichen höheren Lehranstalten der Unterricht am Tage der Urwahlen, 12. November, ausfällt.

**Ein zerstörtes agrarisches Märchen.** Auf Grund der vom preussischen Statistischen Bureau alljährlich veröffentlichten Zusammenstellung giebt die „Korrespondenz der Zentrale der Preussischen Landwirtschaftskammer“ folgende Uebersicht der Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Hauptbetriebe in Preußen:

Jahr	Gesamtmfläche der versteigerten Grundstücke	Gesamtmzahl
1892	89 266	226
1893	69 327	1998
1894	60 287	1556
1895	67 259	1834
1896	64 107	1517
1897	47 782	1591
1898	32 727	1411
1899	37 757	1210
1900	42 455	1288
1901	41 217	1207

Die Korrespondenz fügt selbst die Bemerkung bei: „Auch wenn man von dem an der Spitze stehenden Jahre 1892 absehen wollte, welches mit seiner besonders hohen Versteigerungszahl auch gegen die Vorjahre einen Ausnahmefall bildet, so ist doch eine jährliche Abnahme der Zwangsversteigerung trotz einzelner Schwankungen unverkennbar. In ähnlicher Weise ist auch die Gesamtfläche der versteigerten Grundstücke zurückgegangen. Das läßt darauf schließen, daß die Abnahme der Zwangsversteigerungen sich in demselben Grade auf größere wie auf kleinere Besitzungen erstreckt.“ Wenn auch die Landwirtschaftskammer-Korrespondenz davon warnt, aus dem Rückgang der Zwangsversteigerungen vorläufig günstige Schlüsse zu ziehen, und auf die famose Lehre des Landwirtschaftsministers hindeutet, daß eine geringe Zahl von Zwangsversteigerungen das sicherste Zeichen landwirtschaftlicher Nothlage ist, weil der Gläubiger in solchen Fällen lieber die Zinsen verliert, als den Ausfall des Kapitals riskiert, so muß doch der Vortheilsstreit sagen: Wenn in den 10 Jahren der Caprivischen Handelsverträge die Zwangsversteigerungen der Zahl wie der Fläche nach ungefähr auf die Hälfte herabgegangen sind, so können diese Verträge unmöglich „den Untergang“ der Landwirtschaft bedeuten.

**Das Branntweinmonopol.** Man schreibt der Berliner „Volksztg.“ von wohlinformierter Seite: Die Gefahr eines staatlichen Branntweinmonopols ist in bedrohliche Nähe gerückt. Was Bismarck im Jahre 1886 vergeblich erstrebte, was seither durch einzelne Interessengruppen versucht wurde, kann über Nacht Wirklichkeit werden bei der steigenden Finanznoth des Reiches. Der Spiritusring, aufgebaut auf der die ostelbischen Großbrenner privilegierten Gesetzgebung, geleitet und beherrscht durch eine kleine, aber einflußreiche und kapitalkräftige Gruppe von Spiritusfabrikanten hat es verstanden, der Ueberproduktion durch Bindung der Erzeugung Schranken zu ziehen und in rücksichtsloser Weise die Konkurrenz der Außenstehenden zu beseitigen. Je fester aber der Ring geschlossen ist, desto mehr wächst die Gefahr des Staatsmonopols. Die Regulierung der Produktion legt den Gedanken nahe, die Deute zu theilen, die bisher die Verbraucher von Erntebrenntwein den Agrariern zu entrichten hatten. Das ist heute weitaus leichter, als vor der Entstehung und vor den „Erfolgen“ des Spiritusringes. Er wird sich eben

zu Tode siegen. Bei einer vollkommen geregelten Produktion, bei der von einem Punkte aus geleiteten Preisfestsetzung, Vertheilung, Veräußerung u. bedarf es nur weniger Federstriche, um diese zentralisirte Organisation der privaten in eine staatliche zu verwandeln. Es ist nur erforderlich, daß die Spiritusfabriken vom Staate übernommen werden und daß bei sonst völlig freigegebener Erzeugung von Spiritus, Quantum und Preis des Trinkspiritus vom Staate alljährlich festgesetzt werden. Dabei werden die lieben Agrarier nicht zu kurz kommen, füttern sie gewaltig „schreien“ werden. Daher sind diese Herren Freunde des Staatsmonopols; denn unter der Herrschaft des Spiritusringes fließt der erhebliche Gewinn größtentheils in die Taschen der angeschlossenen Spiritusfabrikanten, während die Brenn-Agrarier mit einem Trinkgelde abgefunden werden. Gleichzeitig wäre die geradezu monströse, kaum irgend jemandem verständliche Branntweinsteuererhebung auf die einfachste Weise aus der Welt geschafft: nämlich durch eine Kur à la Doktor Eisenhart — den Schaden und die Kosten tragen wieder einmal die Konsumenten. Das ist des Landes so der Brauch.

**Der bayerische Landtag und das Kapitel Soldatenmißhandlung.** Im bayerischen Landtage begann am Freitag die Beratung des Militäretats für das Jahr 1903. Bei dieser Gelegenheit schnitt der sozialdemokratische Abgeordnete Keibel wieder das Kapitel der Soldatenmißhandlungen an. Er forderte, daß darüber wieder amtliche Statistiken veröffentlicht werden sollen, deren letzte im Jahre 1893 erschienen. Auch Dr. Schädlers (3.) schloß sich diesem Beschlusse an; er beklagte auch lebhaft den im Offizierkorps immer mehr überhand nehmenden Luxus, der auch den Offiziersersatz durch geeignete Elemente erschwere und empfahl schließlich dem Kriegsminister dringend die Lektüre des Romans „Jena oder Sedan“? Besonders bemerkenswerth ist eine Aeußerung des Damberger Zentrumsführers über die Sozialdemokratie im Heere. Er nahm Bezug auf die Auslassungen eines Berliner Blattes, das gemeint hatte, der sozialdemokratische Einfluß veranlasse die Soldaten, ihre Vorgesetzten zu Thätlichkeiten zu reizen, um sie dann wegen Mißhandlung zu denunzieren. Schädlers meinte, das sei Unsinn, gerade ein überzeugter Sozialdemokrat werde sich in seinem eignen Interesse und in dem seiner Partei vor jedem derartigen Zusammenstoß ängstlich hüten. Und wenn man in den Kasernen beständig nach sozialistischer Literatur sah, so möge man doch bedenken, daß alle Schriften nicht so verderblich wirken können wie eine einzige Mißhandlung. Auf diese anklagenden Reden erwiderte Sonnabend Kriegsminister v. Aßh: Die Soldatenmißhandlungen hätten sich wenigstens in Bayern nicht vermehrt, leider aber sei auch keine Abnahme zu konstatieren. Alle seine Anstellungen und Bestrebungen, sie einzuschränken, seien nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. (Hurra! hört! hört!) Der Minister erklärte weiter, er theile eben das Schicksal aller anderen Kriegsminister, und auch fremdstaatlicher Kriegsminister. Er werde aber mit aller Kraft dahin wirken, Mißhandlungen hintanzuhalten. Der Minister wandte sich dann besonders gegen Keibel (S.D.), und hob hervor, daß aus den Kasernen unter allen Umständen parteipolitische Antriebe, von welcher Partei auch immer sie kommen mögen, ferngehalten werden müßten. Mit einem undisciplinirten Heere sei nichts zu wollen. Der Minister kam dann auf die Heidelberger Affäre zu sprechen. Den dortigen Vorgängen, wo mehrere Gemeine gemeinschaftlich gegen mißliebige Unteroffiziere thätlich geworden, hätte es an Rohheit und Feigheit nicht gemangelt; mißerbende Umstände wären hier durchaus nicht zu rechtfertigen. Bemerkenswerth war auch das Urtheil des Ministers über die viel bemängelten Reiterattaken. In künftigen Kriegen würden, führte er aus, besonders zu Anfang, große Kavalleriekörper aufeinanderstoßen, und man müsse daher die Kavallerie darauf vorbereiten. Im übrigen wies der Minister den Vorwurf des Luxus in der bayerischen Armee zurück, und schloß, das Land könne stolz auf sein Offizierkorps sein. — Die sozialdemokratische Fraktion wird zum Militäretat folgenden Antrag einbringen: Die Kammer wolle beschließen, das Kriegsmaterialium zu erforschen, dahin zu wirken, daß Offiziere und Unteroffiziere, deren Mißthat, sei es durch aktive Betheiligung, sei es durch Mangel an pflichtgemäßer Aufsicht, an systematischen Soldatenmißhandlungen nachgewiesen ist, unwirksamlich aus dem Heere entfernt werden.

**Leutnant Wilsse vor dem Kriegsgericht.** In Mainz wird am heutigen Montag die Verhandlung gegen den Leutnant a. D. Fritz Wilsse vom Trainbattalion Nr. 16 in Jorbach bei Saarbrücken wegen Verächtlichmachung des Kommandos „Aus einer kleinen Garnison“ vor dem Kriegsgericht des 16. Armeekorps beginnen. Aus den in dem Roman gemachten Personenschilderungen und den dargestellten, wie die Anklage jetzt behauptet, zum großen Theil erfundenen und übertriebenen Vorkommnissen zieht der Verfasser den Schluß, daß die Verhältnisse in den deutschen Grenzgarationen einer Reform nach der Richtung hin bedürfen, daß für die Garnisonen ein höherer Offiziersbesatz einzutreten habe, um einer Verflachung und Verflumpung









